



**Regionalverband
Südlicher Oberrhein**
Planen. Beraten. Entwickeln.

DS PIA 11/09
(Anlage)

Freiburg i. Br., 07.07.2009

Unser Zeichen: 518

Körperschaft des
öffentlichen Rechts

Reichsgrafenstraße 19
79102 Freiburg i. Br.

Planungsausschuss am 23.07.2009

TOP 9 (öffentlich)

Landesbündnis Pro Rad

– Information –

1. Anlass

Der Verbandsdirektor des Regionalverbands Südlicher Oberrhein hat am 18.05.2009 beim Gründungskongress Landesbündnis Pro Rad in Vertretung der Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände die Gründungserklärung unterzeichnet.

(Anlage)

2. Hintergrund

Die Gründung des Landesbündnisses Pro Rad ist zurückzuführen auf die Ergebnisse des Runden Tisches Radverkehr, der seit November 2006 in zweijähriger Arbeit Handlungsempfehlungen zur Optimierung des Radverkehrs in Baden-Württemberg erarbeitet hat. Der Runde Tisch Radverkehr hat Wege aufgezeigt, mit denen das umweltfreundliche und stadtverträgliche Verkehrsmittel stärker in den Blickpunkt gerückt und umfassend gefördert werden kann. Dies ist auch das Ziel der Landesregierung.

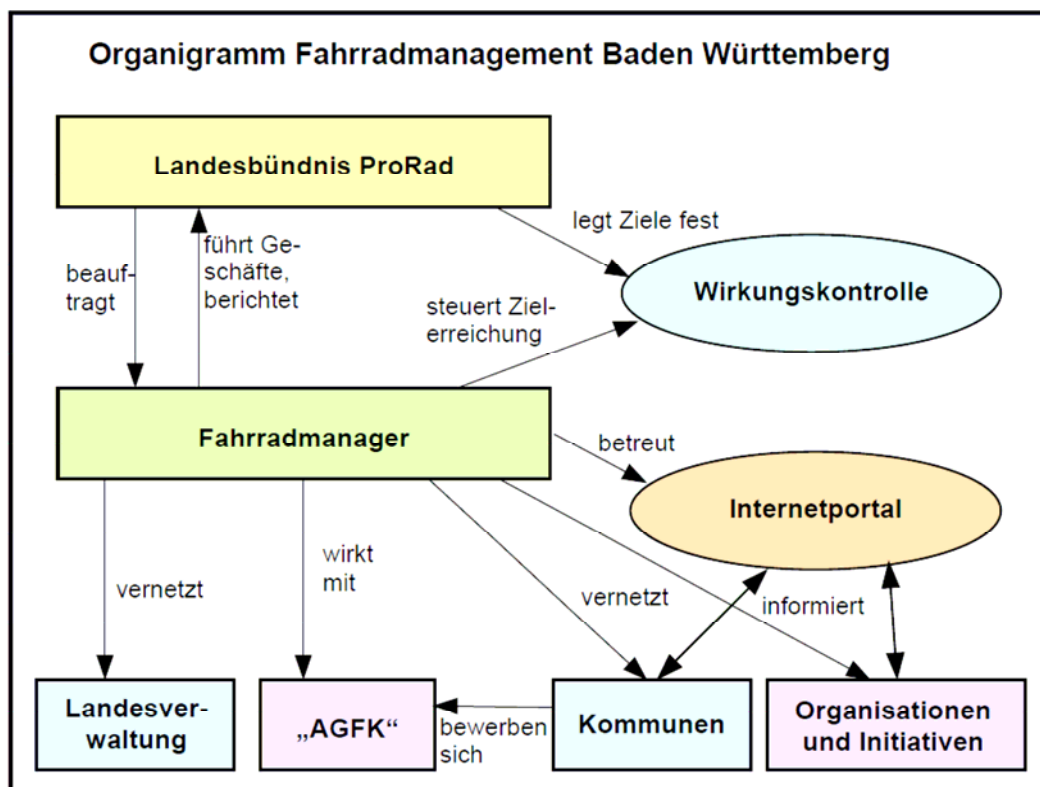
Seine Ende 2008 vorgelegten Empfehlungen gliedern sich in die zehn Themenbereiche „Prima Fahrradklima - Spaß am Radfahren im Land“, „Fahrradmanagement in Baden-Württemberg“, „Radverkehrsnetze“, „Finanzierung der Infrastruktur“, „Das Fahrrad im Alltag - jeden Tag die erste Wahl“, „Öffentlicher Verkehr und Radverkehr“, „Fahrradtourismus“, „Radfahren - mit Sicherheit!“, „Recht und Gesetz - Ein moderner Ordnungsrahmen für den Radverkehr“ und „Radfahrer sind gesünder - Gesundheitsprävention mit dem Fahrrad“.

Dem Landesbündnis Pro Rad gehören die Landtagsfraktionen, Ministerien, die kommunalen Spitzenverbände, die Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände, maßgebliche Interessenverbände, ÖPNV-Unternehmen und die AOK Baden-Württemberg an.

Als erstes dieser Art in Deutschland wurde damit ein hochrangig besetztes und auf Landesebene agierendes Forum mit Mitglieder aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden ins Leben gerufen. Die wesentlichen Aufgaben sind, radverkehrspolitische Ziele zu vereinbaren, diese öffentlichkeitswirksam zu fördern und die Bündnismitglieder untereinander zu vernetzen, um aus Baden-Württemberg das Fahrradland Nr. 1 in Deutschland zu machen.

Durch den Aufbau eines modernen Fahrradmanagements soll das „Fahrradklima“ in Baden-Württemberg verbessert werden, folgende vorrangigen Ziele in diesem Zusammenhang lauten:

- Politischen und gesellschaftlichen Rückhalt sichern, um das Radfahren mit Kontinuität auf lange Sicht zu fördern
- Strategien und Maßnahmen für mehr und sicheren Radverkehr mit innovativen Ideen entwickeln und effizient steuern
- Kommunikation und Transparenz zwischen allen am Radverkehr Beteiligten verbessern.



Im Hinblick auf eine flächendeckende Einführung des betrieblichen Mobilitätsmanagements sind Wirtschaftsministerium und Regionalverbände im Vorfeld des Gründungskongresses aufgefordert worden, Ansprechpartner für die Betriebe auf Landes- und Regionalebene zu benennen und diese in einem nächsten Schritt in ein geeignetes Netzwerk zum Beispiel unter dem Dach einer zukünftigen AGFK/AGFB¹ einzubinden.

Folgende Maßnahmen sind zur Umsetzung der Ziele geplant:

- *Aufbau einer Wirkungskontrolle*
Es soll ein Kontrollsystem entwickelt und eingerichtet werden, das die eingetretenen Wirkungen der Fördermaßnahmen im Hinblick auf die Ziele regelmäßig und zuverlässig zu ermitteln und zu beurteilen erlaubt und Fortschritte in der Fahrradpolitik dokumentiert.
- *Berufung eines Fahrradmanagers*
Der im Innenministerium angesiedelte Fahrradmanager soll darauf achten, dass sich alle Fördermaßnahmen zugunsten des Radverkehrs bestmöglich auf die definierten Ziele ausrichten. Er soll die Belange des Radverkehrs in der Landesverwaltung vertreten, die Geschäfte des Landesbündnisses führen und als zentraler Ansprechpartner für alle Akteure des Netzwerks wirken.
- *Gründung einer Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen*
In die Arbeitsgemeinschaft können Kommunen aufgenommen werden, die einen überdurchschnittlich hohen Standard beim Radverkehr aufweisen oder diesen erreichen wollen. Mit der Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft verpflichten sie sich, den Radverkehr in ihrer Kommune engagiert zu fördern. Im Gegenzug erhalten sie besondere Vergünstigungen und Serviceleistungen.
- *Aufbau eines Internetportals*
Es soll ein Internetportal eingerichtet werden, das aktuelle Informationen rund um das Fahrrad für alle Netzwerkpartner bereithält und auch der Öffentlichkeitsarbeit dient.

Eine optimale Vernetzung des Fahrrades mit dem Öffentlichen Verkehr ist ein wesentlicher Baustein der Radverkehrsförderung im Rahmen einer nachhaltigen Verkehrspolitik und somit auch ein wesentlicher Beitrag für eine nachhaltige und flächensparende Stadt- und Regionalentwicklung.

Die Geschäftsstelle des Regionalverbands wird sich daher im Rahmen des Landesbündnis Pro Rad für die Verwirklichung der vereinbarten Ziele in der Region Südlicher Oberrhein einsetzen und den weiteren Aufbauprozess inhaltlich begleiten.

¹ AGFK: Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen Baden-Württemberg;
AGFB: Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Betriebe Baden-Württemberg.

Die Bündniserklärung im Wortlaut:

Landesbündnis .ProRad. Bündniserklärung

PRÄAMBEL

In der Verantwortung

für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft für jetzige und nachkommende Generationen,

in dem Bewusstsein,

das Bedürfnis der Menschen nach Fortbewegung und Ortswechsellern umweltverträglich, ressourcenschonend und damit nachhaltig gewähren zu wollen,

in der Erkenntnis,

dass die Vorteile des klimafreundlichen, gesunden und oft schnelleren Fahrradverkehrs noch nicht in ausreichendem Maß bewusst sind und in entsprechendes politisches Handeln umgesetzt wurde,

betrachten die Partner des Landesbündnisses .ProRad. in Baden-Württemberg die Förderung des Fahrradverkehrs und die Schaffung eines positiven Fahrradklimas als ein zentrales Handlungsfeld ihrer Arbeit.

ERKLÄRUNG

1. Das Landesbündnis dokumentiert, dass sich alle Partner in der Verantwortung für dieses wichtige Zukunftsthema sehen. Das Land wird als Bündnispartner Rahmenbedingungen schaffen, die geeignet sind, den Fahrradverkehr zu fördern. Die Bündnispartner werden sich für die erforderliche Umsetzung vor Ort engagieren, den Informationsaustausch untereinander pflegen und in ihren Entscheidungsprozessen die Belange des Fahrradverkehrs gleichberechtigt mit anderen Verkehrsträgern einbringen und abwägen.
2. Die Bündnispartner sind sich einig, dass dieses Ziel nur mit gemeinsamen, aufeinander abgestimmten Anstrengungen erreicht werden kann. Sie sehen wichtige Handlungsfelder
 - in der Schaffung eines positiven Fahrradklimas, das die Menschen motiviert, das Fahrrad zu nutzen,
 - in der Förderung der Fahrradinfrastruktur und der Verbesserung der Verkehrssicherheit der Radfahrer,
 - im Informationsaustausch auf allen politischen Ebenen innerhalb des Landes, aber auch zu entsprechenden nationalen und internationalen Projekten, um von den vorhandenen Erfahrungen in bestmöglicher und effizienter Weise profitieren zu können,
 - in der gemeinsamen Entwicklung und Vermarktung innovativer Radverkehrskonzepte.

3. Die Partner des Landesbündnisses setzen sich deshalb unter Wahrung der Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung ein für
 - eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Finanzmitteln und qualifiziertem Personal zum Ausbau der Fahrradinfrastruktur,
 - eine Gleichberechtigung beim Einbringen und Abwägen der Belange des Fahrradverkehrs gegenüber anderen Verkehrsträgern bei der Verteilung der Finanzmittel und der Verkehrsflächen,
 - eine Optimierung des Umweltverbundes Fahrrad - Öffentlicher Verkehr,
 - die Erhöhung der Verkehrssicherheit des Fahrradverkehrs vor allem durch moderne Infrastruktur, einen fahrradfreundlichen Ordnungsrahmen und die innerörtliche Anpassung des Kfz-Verkehrs an die Bedürfnisse der Bewohner,
 - die Intensivierung der Zusammenarbeit.

4. Die Bündnispartner erwarten von diesen Maßnahmen
 - eine erhebliche Steigerung des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehr,
 - ein bewussteres Mobilitätsverhalten der Menschen,
 - eine Verminderung bei der Luft- und Lärmbelastung sowie einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz,
 - eine Senkung der durch Bewegungsmangel verursachten Erkrankungen.

Stuttgart, den 18. Mai 2009